Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postanstalten vierteljährlich 3 Mark; außerhalb des Deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt" die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz entsprechender Aufschlag.

Herausgeber:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

№ 124. Montag, den 1. Juni, abends. **1896.**

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Das Ministerium des Innern hat

1. der Töpfer-Kranken-Unterstützungs- und Begräbnißkasse zu Pirna,
2. der Krankenkasse der Klempner und verwandter Berufsgenossen in Dresden und Umgegend,
3. dem Kranken- und Begräbniß-Unterstützungs-Verein der Stadt Groitzsch,

eingeschriebene Hülfskassen,

auf Grund

zu 1. deren ersten Nachtrags vom 12. April 1896 zum revidirten Statute vom 28. November 1892,

zu 2. des dritten Nachtrags vom 29. Februar 1896 zu ihrem Statute vom 25. Oktober 1892,

zu 3. des ersten Nachtrags vom 5. Mai 1896 zum revidirten Statute vom 1. Juni 1893

anderweit bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 nach wie vor genügen.

Dresden, am 27. Mai 1896.

Ministerium des Innern,
Abtheilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.
Bodel. Lippmann.

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentlichen Dienste.

Departement der Finanzen. Bei der Postverwaltung sind ernannt worden: Friedrich Max Richter und Karl Friedrich Wunderlich, zeither Postassistenten, als Bureauassistenten bei der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Leipzig; Franz Emil Dietrich, Friedrich Hermann Grätz, Emil Felix Häckel, Julius Reinhard Matthias, Ernst Wilhelm Otto und Heinrich Friedrich August Hellwig, zeither Postanwärter, als Postassistenten im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Dresden.

Departement des Innern. Angestellt: Regierungsrath Johannes Heinrich Paul Schecker bei der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen in Dresden als juristischer Hülfsarbeiter der Amtshauptmannschaft Pirna.

Versetzt: Regierungs-Assessor Martin Otto Hanovsky bei der Amtshauptmannschaft Bautzen zur Kreishauptmannschaft Leipzig, Regierungsrath Emil Friedrich Albert Georg Heink bei der Amtshauptmannschaft Pirna zur Kreishauptmannschaft Zwickau, Regierungsassessor Dr. jur. Georg Schmalz bei der Amtshauptmannschaft Oschatz zur Amtshauptmannschaft Chemnitz, Bezirksassessor Karl Friedrich Curt von Seydewitz bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zur Amtshauptmannschaft Bautzen.

Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu besetzen: die neugegründete Schuldirektorstelle in Steinpleis. Kollator: die oberste Schulbehörde. Einkommen: 2250 Mark Gehalt und freie Wohnung. Gesuche sind unter Beifügung sämtlicher Prüfungs- und Amtsführungszeugnisse bis zum 17. Juni bei dem K. Bezirksschulinspektor Schulrat Lohse in Zwickau einzureichen.

Nichtamtlicher Teil.

Die Eröffnung der österreichischen und ungarischen Delegationen

hat vorgestern in Buda-Pest stattgefunden. Die ersten Sitzungen dieser beiden Körperschaften sind wie üblich mit Wahlen und mit der Darlegung des für das nächste Jahr berechneten gemeinsamen Staatsvoranschlags hingegangen. In der österreichischen Delegation hat der neugewählte Präsident, Frhr. v. Chlumecky, in kurzer Dankrede unter lebhaftem Beifall seiner Befriedigung über die friedliche Lage in Europa, die das Ergebnis der ruhigen Politik der habsburgischen Monarchie und ihrer Verbündeten sei, Ausdruck verliehen und zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die jüngsten Erscheinungen im Südosten die herrschende Friedenszuversicht nicht trüben würden. Ohne dafür Beifallsäußerungen zu ernten, hat er ferner seine Freude darüber kundgegeben, daß die Zusammengehörigkeit der beiden Reichshälften durch die Millenniumsfeier eine neue Bekräftigung erhalten, und des weiteren betont, daß die Vertreter der österreichischen Völker mit dem ungarischen Brudervolke über den glänzenden Aufschwung beglückt seien, den Ungarn unter der Herrschaft der bestehenden staatsrechtlichen Ordnung genommen habe. Ungeteilten Beifall fand jedoch wieder die Beteuerung des Präsidenten, daß die Millenniumsfeier zugleich eine Huldigung für den Monarchen darstelle, dem alle Völker des Reiches gleiche Liebe und Dankbarkeit entgegenbrächten.

Den vom Präsidenten der österreichischen Delegation beabsichtigten Zweck, Ungarn für die ihm in letzter Zeit im österreichischen Reichsrate oft widerfahrene Unbill schadlos zu halten und die leitenden Buda-Pester Kreise für die Westhälfte der Monarchie versöhnlicher zu stimmen, hat diese Rede allerdings wohl nicht erreicht, zumal sich in der neuen Zusammensetzung der österreichischen Delegation die ungarnfeindlichen Elemente gegen früher noch verstärkt haben. Unter den 40 Mitgliedern, die der österreichische Reichsrat in die Delegation entsendet, giebt es diesmal 5 Jungtschechen (bisher nur 4), 2 Antisemiten (1), 4 Deutschnationale (3), die sämtlich von glühendstem Ungarnhaß erfüllt sind, während die Vertreter der Vereinigten Linken und des Hohenwartklubs durch den Mangel an Entgegenkommen seitens der ungarischen Quotendeputation bezüglich der österreichischen Ausgleichsvorschläge sich behindert fühlen, dem „ungarischen Brudervolke" wie ehemals „selbstlose Freundschaftsgefühle" entgegenzubringen. Der gemeinsame Staatsvoranschlag für das Jahr 1897 enthält zudem einen neuen Mehraufwand von über 4 Millionen Gulden, dessen Bedeckung den in Westösterreich schwer empfundenen Druck ungleicher Mehrbelastung der diesseitigen Hälfte der Monarchie die österreichischen Delegierten noch stärker empfinden lassen dürfte. Das Gesamterfordernis beträgt für das nächste Jahr 160 584 751 Gulden — also 4 293 288 Gulden mehr wie im laufenden Jahre, und hiervon werden — nach Abrechnung der gemeinsamen Zolleinnahmen und der zu Lasten des ungarischen Staates entfallenden 2 Prozent Präcipuum der ehemaligen Militärgrenze — 107 270 338 Gulden durch die Quotenbeiträge der beiden Hälften der Monarchie aufzubringen sein. Nach dem bisher geltenden Berechnungsschlüssel wird Österreich abermals um mehr als 2½ Millionen zu Gunsten der ungarischen Reichshälfte geschädigt werden.

Es ist deshalb voranszusehen, daß der Verlauf der Tagung der österreichischen Delegation nicht durchweg ruhige und streng sachliche Verhandlungen bei der Prüfung der im Voranschlage enthaltenen Mehrforderungen des gemeinsamen Kriegs- und Marineministeriums bringen, sondern vielfach von ungarnfeindlichen Auseinandersetzungen gestört werden dürfte. Gegen die Erhöhung der Gesamtziffer des gemeinsamen Staatserfordernisses wird in der österreichischen Delegation kaum ein namhafter Widerstand von den Regierungsgegnern geleistet werden. Das Mehrerfordernis von 4,2 Millionen Gulden betrifft das Kriegsbudget nur im Gesamtbetrage von 4,07 Millionen Gulden, wovon 2,10 Millionen Gulden auf die schon früher bewilligte diesjährige Rate bei Beschaffung von Repetiergewehren entfallen, während der Rest fast ganz von dem zur Aufbesserung der Mannschaftskost benötigten Mehraufwand in Anspruch genommen wird. Überdies ist der österreichische Kriegsminister wiederum in der erfreulichen Lage, auf den unverhältnismäßig gering ansteigenden militärischen Etat der habsburgischen Monarchie verweisen zu können, der sich im Laufe der letzten zehn Jahre um 35 Millionen Gulden, also im ganzen nur um 30 Prozent vergrößert hat, während die Erhöhung der Wehrkraft in allen übrigen europäischen Kontinentalstaaten einen viel größeren Aufwand erfordert hat. Der friedliche Charakter der allgemeinen Lage, sowie auch der Umstand, daß die freundschaftlichen Beziehungen der habsburgischen Monarchie zu allen auswärtigen Staaten, insbesondere auch zu Rußland, in dem seit der letzten Tagung der Delegationen verstrichenen Zeitabschnitte sich sehr günstig ausgestaltet haben, werden daher dem gemeinsamen Ministerium die Aufgabe, die Notwendigkeit der Bewilligung des gemeinsamen Staatshaushaltsvoranschlages für das kommende Jahr nachzuweisen, nicht wesentlich erschweren, zumal die auswärtige Politik Österreich-Ungarns auch in der österreichischen Delegation, wo es doch an staatsfeindlichen Elementen auch nicht gefehlt hat, bisher niemals einer grundsätzlichen Opposition begegnet und selbst auf seiten der jungtschechischen Russenschwärmer stets nur unter besonderen Gesichtspunkten angegriffen worden ist.

Zum internationalen Bergarbeiterkongreß in Aachen,

von dem und auf dem viel Lärm gemacht worden ist, verzeichnen wir die folgenden Äußerungen zweier deutscher Blätter:

Die „Kreuzzeitung" schreibt: Beachtenswert bis zu einem gewissen Grade ist der internationale Bergarbeiterkongreß, der in Aachen versammelt gewesen ist und eine Anzahl radikaler Beschlüsse gefaßt hat, die aber freilich wegen der verhältnismäßig schwachen Beteiligung vieler wichtigen Länder, zu denen vor allen Deutschland selbst gehört, sowie bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, die sich unter den Vertretern geltend machten, von keinem sonderlichen Gewicht sein können. Überhaupt scheinen die internationalen Versammlungen ihren Zauber mehr und mehr zu verlieren. Damit ist übrigens nicht gesagt, daß nicht manches, was in Aachen beschlossen worden ist, an sich der Beachtung würdig wäre. Wenn sich der Kongreß zum Beispiel für Verstaatlichung des Bergbaues erklärt hat, so ist das eine Forderung, mit der die Sozialdemokratie keineswegs allein steht. Die Kohle zum Beispiel muß gegen Vergeudung noch mehr geschützt werden, als selbst der Wald, weil es sich hier um Unwiederbringliches handelt. Daß dies aber nur unter der Voraussetzung so wirksamer Aufsicht des Staates geschehen kann, wie sie durch dessen eigenen Besitz gesichert wäre, liegt wohl auf der Hand. Die Thatsache, daß in Großbritannien zum Beispiel auf der einen Seite über drohende Erschöpfung der Kohlenschätze gejammert wird, während es auf der anderen gestattet bleibt, mit diesen Schätzen einen sehr umfangreichen Ausfuhrhandel zu treiben, spricht ganze Bände.

Wie es speziell mit der deutschen Vertretung beschaffen gewesen ist, darauf weist die „Post" hin: Man hat in majorem gloriam der internationalen Sozialdemokratie, welche auf jenem Bergarbeitertage, wenn auch noch nicht die Alleinherrschaft, doch die Vorherrschaft süßete, den Mund ungemein voll genommen und dadurch bei einem Teile der Presse den Anschein erweckt, als handele es sich wirklich um Kundgebungen der nach Hunderttausenden zählenden Bergarbeiterschaft. Die einzelnen Delegierten legten sich unverfroren die Zahl der Stimmen der gesamten Belegschaft derjenigen Bergreviere zu, aus denen sie entsendet waren, gleichviel wie groß oder klein die Zahl derjenigen Bergknappen war, welche ihnen wirklich ihre Vertretung übertragen hatten. In Deutschland steht in Wirklichkeit hinter den Delegierten nur ein verschwindender Bruchteil der Bergarbeiter, und es entspricht nicht den Thatsachen, wenn jene z. B. mit 150 000 Stimmen für das Ruhrrevier, mit 50 000 für das Saarrevier operierten. Inwieweit dies auch betreffs der Engländer, Belgier und Franzosen zutrifft, vermögen wir mit Sicherheit nicht zu übersehen; nur zu wahrscheinlich aber ist es, daß auch dort, wenn auch nicht in so ungeheuerlichem Maße, wie betreffs der Deutschen, mit großen Zahlen renommiert worden ist. Die Überzeugung, daß hinter den deutschen Delegierten nichts steht, ist wohl auch eine der Hauptursachen dafür gewesen, daß diese hinter die Engländer, ja selbst hinter Franzosen und Belgier weit zurückgetreten sind und eine klägliche Rolle gespielt haben. Man scheint sie seitens der Ausländer einfach als quantité négligeable behandelt zu haben. Und das von Rechts wegen. Der absolute Mangel an Nationalgefühl und Nationalstolz, welchen unsere Sozialdemokratie in so beschämender Weise ausgezeichnet, kann bei Engländern und Franzosen, welche auch gegenüber der internationalen Verbrüderung ihren nationalen Stolz nicht verleugnen, natürlich nur Geringschätzung hervorrufen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

* Berlin. Ihre Kaiserlichen Majestäten trafen am Sonnabend morgen von der Wildparkstation auf dem Bahnhof Großgörschenstraße ein und begaben Sich von dort nach dem Tempelhofer Felde, wo Se. Majestät der Kaiser von 9 Uhr ab die Frühjahrsparade über die Truppen der Berliner und Spandauer Garnison abhielten. Nach der Parade nahmen Se. Majestät auf dem Paradefelde militärische Meldungen entgegen und ritten sodann mit der Fahnencompagnie nach dem hiesigen Königl. Schlosse, wo um ½2 Uhr Frühstückstafel stattfand. Um 6 Uhr abends war Paradediner zu etwa 340 Gedecken im Weißen Saale und den angrenzenden Gemächern des Königl. Schlosses. Nach dem Diner besuchten Ihre Majestäten mit den anderen erlauchten Herrschaften die Paradefestvorstellung im Königl. Opernhause und kehrten dann nach dem Neuen Palais zurück.

— Die Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft fand vorgestern in der deutschen Kolonialausstellung in einem besonders hergerichteten Zelt vor dem Hauptrestaurant unter dem Vorsitz Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg unter sehr zahlreicher Beteiligung statt. Nachdem der Jahresbericht genehmigt war, wurde in die Beratung der neuen Satzungen eingetreten, welche dadurch notwendig wurde, weil die Gesellschaft die Rechte der juristischen Person erwerben will. Nach längerer Debatte wurde in die Satzungen ein Passus eingeschaben, wonach die Bildung von mehreren Abteilungen in einer Stadt der Genehmigung des Vorstandes unterliegt. Nachdem die Satzungen angenommen worden waren, wurde der Ausschuß beauftragt, die Erlangung der korporativen Rechte zuständigen Ortes zu beantragen. Von den weiteren Anträgen sei folgender Antrag der Abteilung Hannover erwähnt, welcher einstimmig angenommen wurde: In Erwägung, daß der gegenwärtige Zustand der deutschen Kriegsflotte, sowohl wegen der numerischen Unzulänglichkeit ihres Schiffsmaterials als auch des bedenklich unzeitgemäßen Zustandes eines wesentlichen Teiles des vorhandenen, weder den Anforderungen an die Verteidigung der heimischen Meeresgrenzen, der Aufrechterhaltung der so unerläßlichen überseeischen Lebensmittel-Zufuhren im Kriege, der Abwehr feindlicher Blockade der deutschen Küsten, ferner weder denjenigen der Inschutznahme unseres Kolonialbesitzes, noch den großen politischen und wirtschaftlichen überseeischen Interessen Deutschlands ausreichend entspricht, beauftragt die deutsche Kolonialgesellschaft ihr Präsidium: an den hohen Reichstag gelegentlich seiner nächsten Sitzungsperiode die Bitte zu richten, der durch den Staatssekretär des Auswärtigen bereits angekündigten neuen Flottenorganisationsvorlage, soweit diese — wovon nicht zu zweifeln — in den Grenzen der unbestreitbaren Bedürfnisfrage sich hält, seine Zustimmung geben und angesichts der vorhandenen Notlage und der ernsten Bedenklichkeit ihres weiteren Beschens sich auch nicht vor der Bewilligung größerer Mittel scheuen zu wollen. Schließlich wurde nach längerer Debatte noch folgender Antrag angenommen: Den Ausschuß zu beauftragen, der Deportation von Strafgefangenen nach den Kolonien und ihrer Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten näherzutreten. Die nächste Hauptversammlung wird in München abgehalten werden. Die Versammlung verlief in vollkommenster Harmonie. Das Festessen, welches im Haupttrestaurant der Kolonialausstellung aus Anlaß der Hauptversammlung stattfand, verlief recht animiert. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg brachte das Hoch auf den Kaiser aus, Staatsminister v. Hofmann auf die Gäste und die auswärtigen Mitglieder.

— Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins hat einen Anwaltstag auf den 11. und 12. September 1896 nach Berlin berufen. Gegenstand der Verhandlung werden sein: die Vernehmung der Parteien als Zeugen im Zivilprozeß, die Erhöhung der Revisionssumme, die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, die Revision

Kunst und Wissenschaft.

K. Hoftheater. — Altstadt. — Am 30. Mai: „Der Waffenschmied". Oper in drei Akten von Lortzing.

Diese komische Oper Lortzings ist gestern als am fünfzigjährigen Gedenktage der ersten Aufführung, die am 30. Mai 1846 im Theater an der Wien stattgefunden hat, auf Allerhöchsten Befehl zum Besten der Lortzingschen Erben gegeben worden. Das Kunstinstitut schließt sich mit dieser Erinnerungsfeier würdig den hervorragenden deutschen Bühnen an, welche den Komponisten nicht allein durch Aufführungen ehren, sondern sich auch die materielle Förderung seiner Hinterbliebenen als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit angelegen sein lassen. Denn dem Urheber so manchen bis auf den heutigen Tag Frohlaune und gemütvolles Behagen verbreitenden Operwerkes ist es im Leben trüb genug ergangen; widrige Schicksale versagten ihm hartnäckig die Früchte emsigen Schaffens und rieben die Kraft des vielseitigen, Darsteller, Kapellmeister, Textverfasser und Komponist in einer Person vereinigenden Mannes vor der Zeit auf. Während seine liebenswürdig-anspruchslosen Melodien bei den Zeitgenossen bald Volkstümlichkeit gewannen, kämpfte ihr Sänger den harten Kampf ums tägliche Brot. Darin ist er hoffentlich der Letzte gewesen, das erfolgreiche Talent — und Bühnenerfolge haben Lortzing nicht gefehlt — braucht ja heutzutage nicht mehr zu darben. Dem „Waffenschmied" ist es in Wien ähnlich wie der ein Halbjahrhundert zuvor entstandenen „Zauberflöte" ergangen. Aus einem Theater der Vorstadt, dessen Unternehmer (Pokorny) in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre der Kaiserlichen Hofoper Konkurrenz bereiten wollte, wanderte er hinaus, um schließlich zu den anspruchsvollsten Bühnen Zugang zu finden . . . Die vorgestrige Aufführung wurde durch einen von Hrn. Karl Ueberhorst gedichteten und gesprochenen Prolog markiert. An die persönlichen Beziehungen des Verfassers zum Tondichter anknüpfend, harmonierte diese Ansprache durch ihr schlichtes, jeden rhetorischen Überschwang meidendes Wesen recht glücklich mit dem Charakter der Lortzingschen Muse und fand den verdient lebhaften Beifall seiten des nicht allzu stark besuchten Hauses. Die Darstellung der Oper selbst gehörte von jeher zu den vorzugsweise gelungenen unseres Hoftheaters. Sie empfängt ihren hellsten Glanz durch den lebenswarmen, in der Schönheit der gesanglichen Durchführung erquickenden Konrad des Hrn. Scheidemantel. Neben ihm erfreuten Hr. Nebuschka als biderber Stadinger und Frl. Bossenberger, in der dankbaren Rolle der Marie voll Frische und Munterkeit, wie denn überhaupt alle Mitwirkenden, besonders Hr. Erl (Georg), nächstdem Hr. Eichberger und Frl. Löffler in ihren Chargen unter Hrn. v. Schreiners Leitung mit ersichtlichem Eifer zu einem abgerundeten Ensemble sich vereinigten. —st.

Vom 25. Chirurgenkongreß in Berlin. III. Die Nachmittagssitzung am Donnerstag wurde mit Erörterungen über Anwendung der Röntgenstrahlen in der Chirurgie eröffnet. Kümmell-Hamburg sprach über die Diagnose der Knochenherde durch Röntgenstrahlen. Die lange Expositionsdauer, wie sie früher bei den Aufnahmen mit Röntgenstrahlen unerläßlich war, bildete ein beträchtliches Hindernis für die Anwendung dieser Strahlen in der Chirurgie. Dem Vortragenden ist es gelungen, durch Vervollkommnung der Apparate die Expositionszeit auf 30, 10, ja selbst auf 3 Sekunden, je nach dem zu photographierenden Gegenstande, zu vermindern. Er benutzt einen Funkeninduktor von 10—20 cm Funkenlänge nebst einer besonders gut gearbeiteten, haltbaren Röhre. Die Wirbelsäule eines achtjährigen Kindes beispielsweise war bei einer Expositionszeit von zwei Minuten sehr gut aufgenommen. Die krankhaften Veränderungen der Knochen können auf den Bildern mit Sicherheit wahrgenommen werden. Vortragender gedachte auch des Bariumplatincyanürschirmes, mit dessen Hilfe er eine angeborene Hüftgelenkverrenkung am lebenden Körper gesehen hat. Der folgende Redner, Geißler-Berlin, legte Photographien von gut und schlecht geheilten Knochenbrüchen, angeborenen Verrenkungen, Knochen mit Eiterherden u. s. w. vor. Dergleichen Darstellungen haben beispielsweise für Unterrichtszwecke großen Wert. Feilchenfeld-Berlin machte darauf aufmerksam, daß bei einer länger (über eine Stunde) währenden Aufnahme mit Röntgenstrahlen Erscheinungen auf der Haut des Photographierten aufgetreten sind, die große Ähnlichkeit mit dem Eczema solare, der durch Sonnenbestrahlung hervorgerufenen Hautentzündung zeigten. Redner sprach die Ansicht aus, daß die Sonnenbrandhautentzündung auf das Vorhandensein von Röntgenstrahlen im Sonnenlicht zurückzuführen sei, und daß man Vorsicht bei langdauernden Aufnahmen üben möge, weil vielleicht auch innere Teile durch die X-Strahlen beeinflußt werden könnten. Zur Lehre von den Gelenkkörpern sprach Barth-Marburg. Braatz-Königsberg und Storm-Königsberg erörterten die Behandlung des typischen Radiusbruches.

Die Sitzung vom Freitag vormittag begann mit einem Festvortrage des Geheimrates Prof. Olshausen-Berlin: Die Prinzipien der vaginalen Exstirpation des carcinomatösen Uterus. An diesen Vortrag knüpften sich Mitteilungen von Dührßen-Berlin über eine neue Methode der künstlichen Geburt, die leichter und ungefährlicher ist als der Kaiserschnitt. Auch Schuchardt-Stettin erörterte eine neue dahingehende Methode. Baumgärtner-Baden sprach über die von ihm geübte (blutige) Methode der Hämorrhoidenoperation, die vor der älteren den Vorzug besitze, daß sie Verluste an Schleimhaut vermeide. König-Berlin erklärte demgegenüber, daß er an der alten Methode des Ausbrennens ihrer Einfachheit und Ungefährlichkeit halber festhalte. Sodann stellte Lorenz-Wien eine Anzahl von Kindern vor, die mit angeborener Hüftgelenksverrenkung behaftet waren und von ihm nach einer neuen, unblutigen Methode behandelt sind. Die Methode besteht darin, daß das Bein herabgezogen wird, bis der Gelenkkopf der Gelenkpfanne gegenübersteht. Sodann wird der Gelenkkopf durch Abbiegen und Drehen des Beines in die verkümmerte Pfanne hineingebracht. Damit ist die Operation eigentlich beendigt; man läßt das Kind einfach gehen, ganz ohne Apparat. Anfangs macht das Schwierigkeiten; aber bald geht es ganz gut, und gerade der Gebrauch des Gliedes, verbunden mit der Wirkung der Körperlast, verursacht rasch eine bessere Ausbildung, ein Nachwachsen der Gelenkpfanne. Von 43 solcherweise behandelten Fällen ist nicht ein einziger mißglückt, und Redner behauptet, daß jede einseitige angeborene Hüftgelenkverrenkung bis zum 6., jede doppelseitige bis zum 5. Lebensjahre nach seiner Methode zu heilen ist. Die Apparate, die von anderen zur Unterstützung der Heilung angewandt werden, namentlich das Streckbett, bezeichnete Redner als Marterinstrumente, die man entbehren könne. Mikulicz-Königsberg nahm demgegenüber seine eigene Methode, bei der Apparate zur Anwendung kommen, in Schutz. Sehr beachtenswerte Beobachtungen über Phosphornekrose teilte sodann Riedel-Jena mit. Zunächst nehme die Krankheit seit einigen Jahren wieder an Häufigkeit zu. Es liege das an der neuerdings betriebenen Fabrikation der Vulkanschwefelhölzer, bei der erhebliche Vergiftungen vorkämen. Vortragender hat in den letzten Jahren 24 Fälle von Phosphornekrose in Behandlung gehabt, die zum Teil aus Fabriken von Vulkanschwefelhölzern stammten. Was unsere Kenntnis von der Entstehung der Krankheit betreffe, so sei sie selbst durch die Wagnerschen Untersuchungen nicht gefördert worden. Doch enthalte das Wagnersche Werk einen Obduktionsbefund, der ein helles Licht auf das Wesen der Phosphornekrose werfe. Er zeige, daß